

Mehr und bessere Integrationskurse Ohne prekäre Beschäftigungsverhältnisse und mit guten Lernbedingungen

Wir Deutschdozent*innen protestieren gegen die schlechten Arbeits- und Lernbedingungen in Integrationskursen und in berufsbezogenen Deutschkursen

Sehr geehrter Herr Minister de Maizière,

weit mehr als 20 000 Dozent*innen arbeiten derzeit im Auftrag Ihres Ministeriums bundesweit bei rund 1450 Bildungsträgern (für Volkshochschulen, Vereine, Wohlfahrtsträger, GmbHs etc.) in Integrationskursen.

Wir haben akademische Abschlüsse, erteilen professionellen Sprachunterricht und leisten Integrationsarbeit in heterogenen Gruppen mit Menschen verschiedener Muttersprachen, Herkunftsländer und Altersgruppen, mit und ohne Schul- und Sprachlernerfahrung, teilweise traumatisiert und in problematischen Lebenssituationen.

Ihr Ministerium bezeichnet Integrationskurse als Kernstück der Integrationsanstrengung und als zentrale Aufgabe für unsere Gesellschaft. Geleistet jedoch wird diese Aufgabe von Dozent*innen, die aufgrund prekärer Arbeitsbedingungen gesellschaftlich an den Rand gedrängt werden.

Die Bildungsträger erhalten ihre finanzielle Zuweisung vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), das Ihrem Ministerium untersteht. Das BAMF gibt die Richtlinien über die Kursformate und -inhalte sowie die Zugangsberechtigung vor, regelt das Anforderungsprofil für die Dozent*innen und macht Vorgaben über die Höhe der zu zahlenden Honorare. Aber in den Vorgaben sind keinerlei Mechanismen vorgesehen, die es den Dozent*innen ermöglichen würden, ihre eigenen Interessen zu vertreten und ihre inhaltliche Expertise einzubringen.

Wegen der geringen finanziellen Zuweisungen an die Bildungsträger haben wir als Dozent*innen (fast) keinen Verhandlungsspielraum. Daher arbeiten die allermeisten von uns gezwungenermaßen als (Schein-) Selbstständige zu Armutshonoraren um die 23,00 Euro brutto pro Unterrichtseinheit. Davon müssen wir den vollen Betrag der Sozialabgaben (Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung) bezahlen. Für die meisten von uns gibt es keine Honorarfortzahlung im Krankheitsfall oder während Kursferienzeiten.

Bei einem vollen Lehrdeputat von etwa 25 Unterrichtsstunden pro Woche bleiben nach Abzug der Einkommenssteuer und der Sozialabgaben monatlich rund 1200 € übrig. In den Kursferien entfallen die Einnahmen, die Sozialversicherungsbeiträge müssen selbstverständlich weiter gezahlt werden. Unterrichtsvorbereitung, Kursorganisation, Besprechungen, Anfahrtszeit und –kosten sowie Buchhaltung werden nicht vergütet. Nur bei den wenigsten Trägern gibt es Dozent*innen-Vertretungen o.ä.. Im Falle von Konflikten mit Trägern oder Teilnehmer*innen droht oft der Verlust des Arbeitsplatzes.

Wir Dozent*innen im Integrationsbereich arbeiten de facto im Auftrag Ihres Ministeriums. Unsere direkten Vertragspartner sind de jure aber die Bildungsträger, auf die so die Verantwortung für unzureichende Bezahlung und fehlende soziale Absicherung abgewälzt wird.

„Wir schaffen das!“ - Aber wie? Wir möchten den Menschen, die derzeit getrieben von Krieg und Perspektivlosigkeit nach Deutschland kommen, durch unsere professionelle Arbeit der Sprachvermittlung die Teilnahme an allen gesellschaftlichen Bereichen erleichtern.

Die Neuregelungen für Integrationskurse, die das BAMF im Kontext der sogenannten Flüchtlingskrise vorgenommen hat, sind u. E. völlig unzureichend und weisen in die falsche Richtung: Die kürzlich beschlossene Erhöhung der Trägerpauschale von gerade einmal 16 Cent pro Teilnehmerstunde ist ein Hohn! Die Anforderungen einer Zusatzqualifizierung für Lehrkräfte (auch in Alphabetisierungskursen) auszusetzen, die Finanzierung der Kinderbetreuung für Integrationskurse zu streichen und die Teilnehmerzahl in den Kursen zu erhöhen senkt die Kursqualität und verschlechtert weiter unsere Arbeitsbedingungen.

Es braucht hierzulande mehr Deutschkurse für Zuwander*innen. Mit dem aktuellen Konzept der Integrationskurse wird den Interessen und der spezifischen Lern- und Lebenssituation vieler Zuwander*innen jedoch nicht Rechnung getragen. Dies gilt insbesondere für Geflüchtete. Es müssen ausreichende, auf die Bedürfnisse zugeschnittene und flexible Kursangebote, auch für Menschen mit unterbrochenen Bildungsverläufen, mit realistischen Abschlüssen geschaffen werden.

Und für diese Deutschkurse braucht es qualifizierte Dozent*innen. Angesichts der prekären Arbeitsbedingungen überrascht es jedoch nicht, dass es für die Träger immer schwieriger wird, entsprechende Dozent*innen zu finden.

Wir fordern:

- Tarifgebundenen Angestelltenstatus wie Sprachlehrer*innen an staatlichen Schulen oder bei Freiberuflichkeit 60 Euro pro UE plus eine Beteiligung der auftraggebenden Einrichtungen an den Sozialversicherungsabgaben!
- Flexiblere Kursformate und unbürokratischen Kurszugang auch für Geflüchtete!
- Fachliches Mitspracherecht der Dozent*innen bei Kurskonzeption, Kursinhalten und Prüfungen!

Sprechen Sie mit uns!

Mit freundlichen Grüßen

Dozent*innen der Freien Träger (freiedozentinnen@gmail.com)

Aktionsbündnis DaF Hannover (info@ab-daf-h.de)

Arbeitsgruppe Heidelberg (j.kuhn@studiolingo.com)

Arbeitskreis Weiterbildung der GEW Bielefeld (gew-bielefeld@gmx.de)

Bonner Offener Kreis DaF/DaZ-Lehrkräfte (BoK, bonner.offener.kreis@gmail.com)

DaF-Dozentinnen Reutlingen (rilling.stanislava@gmail.com)

DaZ-Netzwerk (daz.netzwerk@googlemail.com)

Osnabrücker Initiative Deutsch als Zweitsprache (OSIDAZ, grosse.jutta@gmx.de)

VHS-Dozent*innen-Vertretung Berlin (dozvertretung-vhs-berlin@gmx.de)

VHS-Dozent*innen-Vertretung Potsdam (rosaluchs@ymail.com)